



PROF. CINDY WITTKE, WIE VERHANDELT MAN MIT RUSSLAND?

FoKSFELLOW
PERSPEKTIVE

1 2025



BAYERISCHE
WISSENSCHAFTSALLIANZ
FÜR FRIEDENS-, KONFLIKT- UND
SICHERHEITSFORSCHUNG

Wie verhandelt man sinnvoll, wenn an einem Ende des Verhandlungstischs Russland sitzt, eine autoritäre Großmacht mit Atomwaffen und am anderen Ende die USA, regiert von einem amerikanischen Präsidenten, der die disruptive Politik liebt?

1

Dass der Aggressor im Angriffskrieg gegen die Ukraine – also Russland – sowohl eine Nuklearmacht als auch Vetomacht im UN-Sicherheitsrat ist, macht die Verhandlungskonstellation für ein mögliches Abkommen oder auch nur einen Waffenstillstand besonders kompliziert. Viele Instrumente der internationalen Gemeinschaft, die normalerweise eine Partei an den Verhandlungstisch bringen oder einen Rahmen für Verhandlungen setzen können, scheiden hier aus. Eine Resolution des Sicherheitsrats auf Grundlage von Kapitel VII zum Beispiel, das geschaffen wurde, um Bedrohungen und Brüchen des Weltfriedens mit für alle Staaten rechtlich verbindlichen und politisch wirksamen Maßnahmen zu begegnen, ist in diesem Fall nicht durchsetzbar. Russland würde ein Veto einlegen oder könnte sich voraussichtlich auch auf die Unterstützung Chinas stützen – der Sicherheitsrat ist somit blockiert.

Letztlich gibt es keine Blaupause oder Roadmap für Verhandlungen mit einer Atom- und Vetomacht, wenn es um einen Angriffs- und Eroberungskrieg wie den Russlands gegen die Ukraine geht. Die Frage ist also, wer kann angesichts einer solch' schwierigen Ausgangslage überhaupt vermitteln?

Info

Kapitel VII der UN-Charta legt fest, dass der UN-Sicherheitsrat „Maßnahmen im Hinblick auf Bedrohungen des Friedens, Friedensbrüche und Aggressionshandlungen“ rechtsverbindlich beschließen kann. Es erlaubt dem Sicherheitsrat, verbindliche Maßnahmen per Resolution anzuordnen – etwa Sanktionen oder militärisches Eingreifen –, wenn der Frieden bedroht ist.

„Es gibt keine Blaupause oder Roadmap für Verhandlungen mit einer Atom- und Vetomacht wie Russland.“

Die USA wären ihrem Profil nach gut geeignet, eine Macht zu sein, die Russland an den Verhandlungstisch bewegen und für einen Verhandlungsprozess Leitplanken setzen könnte. Sie sind ein permanentes Mitglied des UN-Sicherheitsrates – also Veto-Macht – und Atommacht auf militärischer und strategischer Augenhöhe mit Russland – im Gegensatz zu Frankreich oder Großbritannien, deren Nukleararsenale nicht gleichwertig sind.

Normalerweise würde man von den USA erwarten, dass sie in gewisser Weise als Repräsentant der liberalen, demokratischen Weltordnung auftreten und dass sie Rahmenbedingungen für Friedensverhandlungen setzen, die auf einen positiven Frieden zielen – einem gerechten und nachhaltigem Frieden und damit auf mehr als nur das Ende militärischer Gewalt. Die USA würden in diesem Sinne als

normativer Akteur agieren, der eine Friedenslösung anstrebt, die auch Gerechtigkeit, demokratische Werte und Stabilität umfasst.

Doch Donald Trump verfolgt wie häufig schon einen ganz anderen Ansatz und schert sich nicht um politische Erwartungen und diplomatische Konventionen. Zunächst schien es, als wolle er auf beide Parteien zugleich Druck ausüben – im Sinne von „arm twisting“. Das hieße: der Ukraine mit dem Ende der Unterstützung im Selbstverteidigungskrieg zu drohen und zugleich Russland mit einer verstärkten Unterstützung der Ukraine, falls sich beide nicht auf Verhandlungen und Kompromisse einlassen.

Donald Trump aber agiert disruptiv, indem er die Rolle des Vermittlers aufbricht: er möchte um jeden Preis eine Waffenruhe erreichen, mit dem Ziel, die Unterstützung der USA für die Ukraine zu beenden und die Verantwortung für die Absicherung eines Waffenstillstands, einer Nachkriegsordnung und eines Wiederaufbaus den europäischen Partnern zu überlassen. Nochmals, sein zentrales Ziel ist eine Exitstrategie für die USA und gleichzeitig dadurch eine Normalisierung vor allem der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland zu erreichen. Donald Trump ist damit alles andere als ein neutraler Vermittler.

„Indem er diese Strategie rücksichtslos verfolgt, verlässt Trump nämlich nicht nur die Rolle eines normativen, sondern überhaupt eines echten Vermittlers“

Indem er diese Strategie rücksichtslos verfolgt, verlässt Trump nämlich nicht nur die Rolle eines normativen, sondern überhaupt eines echten Vermittlers. Stattdessen übt er vor allem Druck auf die ohnehin geschwächte Ukraine aus, während er Russland in Bezug auf dessen Maximalforderungen weitgehend freien Lauf lässt.

Das ist eine äußerst gefährliche Konstellation – für die Ukraine, aber auch für ihre europäischen Partner. Denn ein unter solchen Vorzeichen verhandeltes Abkommen hätte direkte Auswirkungen auf die europäische Sicherheitsarchitektur, insbesondere wenn es Russland gelingt, seine territorialen Ansprüche durchzusetzen. Das Signal wäre klar: Ein Eroberungskrieg auf europäischem Boden kann sich lohnen – ohne ernsthafte Konsequenzen von Europas ehemaliger Schutzmacht, den USA, fürchten zu müssen.

Zu Beginn des Prozesses hoffte man noch vielerorts, dass Trump Putin nur zum Schein schmeicheln würde, um ihn zu Verhandlungen zu bewegen. Dabei kam auch immer wieder eine Frage auf: Kann man mit einem Diktator und mutmaßlichem Kriegsverbrecher denn überhaupt auf Augenhöhe verhandeln? Dass bei Friedensabkommen mit Diktatoren verhandelt wird, ist allerdings – in Anführungszeichen – normal. Richard Holbrooke etwa beschrieb in seinen Memoiren zum Verhandlung des Dayton-Abkommen für Bosnien-Herzegowina 1995, wie er mit Kriegsverbrechern verhandelte. Den bosnisch-serbischen General Ratko Mladić nannte er sogar einen Psychopathen. „Dancing with the Devil“ – mit dem Teufel zu tanzen – gehört also durchaus zum Repertoire internationaler Friedensverhandlungen.

„Dass sich die Konfliktparteien in diesem Prozess versuchen, sich gegenseitig zu delegitimieren, ist nicht ungewöhnlich.“

Auch, dass sich die Konfliktparteien in diesem Prozess versuchen, sich gegenseitig zu delegitimieren, ist nicht ungewöhnlich. Russland verbreitet dazu kontinuierlich Desinformation und Kriegspropaganda, zum Beispiel dass die Ukraine in Irpin oder Butscha russische Kriegsverbrechen mit Statisten nur inszeniert hätte. Gleichzeitig erhebt Russland immer wieder Vorwürfe über angebliche ukrainische Verbrechen in temporär zurückeroberten Gebieten auf russischem Territorium. Das ist, in Anführungszeichen, fast erwartbares Gebaren.

Nicht erwartbar war hingegen die Rolle der Vereinigten Staaten, insbesondere unter Donald Trump. Er goß Öl auf das Feuer und fiel in den Chor russischer Desinformation ein, etwa indem er behauptete, Präsident Selenskyj habe keine Zustimmungswerte mehr und sei gar nicht mehr legitim im Amt – gar ein Diktator – mit Verweis auf ausgebliebene Präsidentschaftswahlen, die laut ukrainischer Verfassung aber unter Bedingungen des andauernden Kriegszustandes gar nicht möglich sind.

Letztlich hat Trump zwar Impulse gesetzt, aber die Richtung in die diese gehen, sind äußerst besorgniserregend.

Die USA will sich herausziehen – Ziel der Verhandlungen ist eigentlich ihre Exit-Strategie. Europa sitzt nicht am Verhandlungstisch. Was muss Europa jetzt tun? Wie können wir sinnvoll die Lücke füllen?

3

Die Trump-Administration will ein zentrales Wahlversprechen einlösen: so schnell wie möglich einen Waffenstillstand erreichen und sich aus dem Konflikt in Europa zurückziehen.

In Russland dominiert hingegen immer mehr das Narrativ eines existenziellen Kampfes – nicht nur gegen ein vermeintliches Naziregime in der Ukraine, sondern gegen den sogenannten kollektiven Westen der Russland diesen Konflikt aufgezwungen habe. Rhetorisch befindet sich Russland also längst in einer direkten Konfrontation mit dem Westen auf dem Territorium der Ukraine.

Das prägt auch Russlands Haltung zu möglichen Verhandlungen. Moskau will nur mit der anderen Weltmacht – den USA – auf Augenhöhe verhandeln, nicht jedoch mit der Ukraine und den europäischen Partnern der Ukraine. Deren Einbindung am Verhandlungstisch würde die Position Kyjiw stärken – genau das will Russland aber weiter verhindern. Das gilt auch für die Entsendung europäischer Friedenstruppen, die eine mögliche sehr lange Demarkationslinie zwischen den Kriegsparteien nach einem Waffenstillstand überwachen würden.

„Die europäischen Partner haben es versäumt, ihre diplomatischen Verhandlungen mit entschlossener militärischer Unterstützung der Ukraine zu untermauern“

Die europäischen Partner der Ukraine stehen also vor riesigen Herausforderungen. In den vier Jahren der Großinvasion Russlands haben sie es aber versäumt, sich klar als Verhandlungspartner zu positionieren, eine einheitliche oder konsensuale Verhandlungsstrategie zu entwickeln – und diese durch eine entschlossene militärische Unterstützung der Ukraine zu untermauern.

Europa agierte insgesamt sehr zögerlich. Auch die USA war hier nicht tonangebend, es gab keinen „Biden-Friedensplan“ für die Ukraine. Allein die Ukraine hatte mit dem 10-Punkte-Plan bereits im Herbst 2022 einen Friedensplan vorgelegt, doch die europäischen Partner blieben in ihrer Resonanz darauf vage wie und in welchen Punkten sie diesen Plan unterstützen würden, wie ihre Strategien für einen möglichen Friedensschluss aussehen und rote Linien für einen Kompromissfrieden liegen würde.

Die Europäer haben in vielerlei Hinsicht versäumt, ihre militärischen aber auch diplomatischen Hausaufgaben zu machen und zum Beispiel aus dem Scheitern der Minsker Abkommen (2014-2022) zu lernen sowie aus Russlands Verhalten in allen ungelösten Territorialkonflikten im sogenannten post-sowjetischen Raum. Entsprechend können sie heute kaum aus einer starken Position heraus agieren und eigene Akzente setzen. Derzeit versuchen die europäischen Partner der Ukraine eher, die Entwicklung einzudämmen und den Aktionismus der Trump-Administration einzuhegen, um überhaupt noch an den Verhandlungstisch zu gelangen – sei es auch nur an einen Katzentisch in der zweiten Reihe.

Eines ist klar: Wenn es den USA gelingt, ihre Exit-Strategie umzusetzen, werden sie die Ukraine vor allem als Rohstoffquelle und als Markt für amerikanische Firmen beim Wiederaufbau betrachten – nicht aber als Ort, an dem sie sich politisch oder militärisch langfristig engagieren. Die Verantwortung würde dann größtenteils bei den Europäern und anderen westlichen Partnern liegen, die bislang eben keinen kohärenten Plan hatten.

Zudem ist Europa durch Staaten wie Ungarn intern gespalten. In dieser Situation formiert sich nun eine „Koalition der Willigen“ unter Führung Großbritanniens und Frankreichs. Das ist zwar in gewisser Hinsicht ein kluger Schachzug, zeigt aber zugleich, wie geschwächt Europa und westliche Partner der Ukraine durch den Strategiewandel der USA sind. Die Koalition der Willigen sendet Signale und geizt nicht mit Symbolen wie dem Besuch von Starmer, Macron und Merz in der Ukraine.

Info

Die Minsker Abkommen gingen aus Verhandlungen im Normandie-Format mit Deutschland, Frankreich, Russland und der Ukraine hervor. Sie sollten den bewaffneten Konflikt in und um die östliche Ukraine in der ersten Phase des Krieges zwischen 2014 und 2022 beenden. Das erste Minsker Abkommen wurde im September 2014 verhandelt, das zweite im Februar 2015 nach erneuerten Eskalationen. Der Minsk Prozess zahlreiche Schwachstellen, darunter, dass der Konflikt als innerstaatlicher Sezessionskonflikt behandelt wurde und Russland nicht als Partei, sondern als vermeintlicher Vermittler galt. Eine weitere war, das Monitoring des Waffenstillstandes durch eine OSZE-Mission, die nur mit einem schwachen Mandat ausgestattet war und lediglich die täglichen Verstöße zählen, aber keiner Konfliktpartei zuordnen konnte.

„Der Aufgabenzettel ist lang, die Zeit ist kurz.“

Aber der Aufgabenzettel ist enorm lang, es braucht konkrete Strategien über Symbole hinaus und das schnell.

Deutschland muss in dem europäischen Quartett mit Frankreich, Großbritannien und dem Frontstaat Polen als größte Volkswirtschaft auf dem Kontinent eine sichtbarere Rolle übernehmen. In den vergangenen Monaten konnte Berlin diese Rolle jedoch kaum ausfüllen – trotz der Bedeutung, die Deutschland in solchen Gesprächen eigentlich hätte einnehmen müssen.

Frankreich, Großbritannien, Polen und Deutschland sind aufgrund ihrer geografischen Lage sowie ihrer politischen und wirtschaftlichen Gewichtung zentrale Akteure. Sie könnten und sollten den Takt vorgeben. Doch aus Berlin kam zuletzt wenig mehr als das Bekenntnis, weiter an der Seite der Ukraine zu stehen – also im Wesentlichen die Fortsetzung der bisherigen außenpolitischen Linie.

Detaillierte Positionierungen oder gar heikle Verhandlungsangebote blieben aus – vor allem aus Rücksicht auf die innenpolitische Lage. Schmerzliche Zugeständnisse hinter verschlossenen Türen, etwa zur Unterstützung möglicher Friedensmissionen oder gar zur Entsendung eigener Truppen, wollte man vor den Wahlen und angesichts laufender Koalitionsverhandlungen vermeiden. In Deutschland wäre das politisch hochbrisant – ein mögliches Öffnen der „Büchse der Pandora“. Deshalb wurde dieses Thema vertagt – bis eine neue Regierung steht.

Doch nun führt kein Weg daran: Deutschland wird Farbe bekennen müssen – nicht unbedingt öffentlich, aber spätestens in vertraulichen Gesprächen mit der „Koalition der Willigen“. Die künftige Bundesregierung muss eine Führungsrolle in dieser Koalition übernehmen und sich strategisch für die kommenden vier Jahre aufstellen. Denn klar ist: die Bedrohungen, die durch Russland für die Ukraine und Europa ausgehen, werden erhalten bleiben und voraussichtlich wachsen.

„Die Ukraine braucht Stabilität in der Unterstützung von den Kernakteuren Deutschland, Polen, UK und Frankreich.“

Ein echter Waffenstillstand oder substanzielle Friedensverhandlungen oder eine Normalisierung der Beziehungen mit Russland sind weder kurz- noch mittelfristig zu erwarten. Stattdessen droht nicht nur für die Ukraine, sondern für den europäischen Kontinent insgesamt eine lange Phase der Unsicherheiten, Konflikte und Konfrontationen. Die Friedensverhandlungen für die Ukraine werden damit zum Lakmустest für alle demokratischen Staaten und Gesellschaften in Europa hinsichtlich ihrer Resilienz.

Kurzum: Es geht um Stabilität in und unter den Unterstützern der Ukraine. Diese Stabilität war in den letzten Monaten nicht gegeben. Sie muss nun dringend hergestellt werden – insbesondere durch die Kernakteure.

Erschwerend kommt hinzu, dass auch die Sicherheitsarchitektur der NATO durch Trumps disruptive Politik wackeligem Grund steht – vor allem, was das politische und militärische Engagement im Ernstfall der Bündnisverteidigung betrifft. Die neue Bundesregierung muss sich gemeinsam mit den europäischen Partnern dringend die Frage stellen, was Artikel 5 bedeutet, wenn die USA als Schutzmacht ausfallen.

Info

Artikel 5 des NATO-Vertrags bildet das zentrale Prinzip der kollektiven Verteidigung: Ein bewaffneter Angriff auf ein Mitglied gilt als Angriff auf alle. Die anderen Mitglieder verpflichten sich, Beistand zu leisten – mit politischen, militärischen oder anderen Mitteln.

Wie kann sich Deutschland vorbereiten, wenn die USA wirklich als Schutzmacht ausfallen sollte?

5

Eine weitere zentrale Aufgabe ist es, den europäischen Bündnisfall offen zu diskutieren und sich dafür strategisch und militärisch gemeinsam aufzustellen. Das ist sowohl eine diplomatische als auch eine sicherheitspolitische Herausforderung – insbesondere angesichts der bekannten Schwächen der Bundeswehr. Das Sondervermögen der Ampel wurde durch fehlende Strukturreformen schnell aufgebraucht, und die deutsche Verteidigungsfähigkeit bleibt ausbaubedürftig.

Deutschland und Europa müssen sich sicherheitspolitisch und strategisch neu positionieren – auch im Hinblick auf ein mögliches Zurückweichen der USA. Wenn sich die Vereinigten Staaten aus dem Ukrainekrieg zurückziehen wollen, dann nur auf Basis eines tragfähigen, abgesicherten Friedensabkommens. Dafür muss eine durch Europa militärisch und diplomatisch unterstützte Ukraine am Verhandlungstisch sitzen und es braucht eine effektive Absicherung von Verhandlungsergebnissen. Andernfalls droht in kurzer Zeit ein erneuter Kriegsausbruch seitens Russlands – das kann auch nicht im amerikanischen Interesse liegen.

„Wenn Europa die Hauptlast eines wie auch immer gearteten Friedensdeals tragen soll, muss es auch mitbestimmen, wie hoch die Kosten sind und welche Bedingungen gelten.“

Deshalb müssen europäische Interessen auch in bilateralen Formaten, etwa zwischen den USA und Russland, klar eingebracht werden. Wenn Europa die Hauptlast eines wie auch immer gearteten Friedensdeals tragen soll, muss es auch mitbestimmen, wie hoch die Kosten sind und welche Bedingungen gelten. Die Leitplanken für mögliche Abkommen müssen aus Europa kommen – doch derzeit ist unklar, wie diese aussehen könnten. Europa muss in Washington deutlich machen, was es leisten kann – politisch, wirtschaftlich, militärisch – und wie es die entstehende Lücke füllen will, nicht nur für die Ukraine, sondern auch zur eigenen Absicherung in einem sich verändernden Bündnissystem.

Denn klar ist: Es wird keine einfache, keine ideale Lösung geben. Auch für die europäischen Unterstützer der Ukraine gilt inzwischen das, was für die Ukraine selbst gilt: Die Ergebnisse künftiger Verhandlungen werden vermutlich *the worst best solution* sein – die beste unter schlechten Optionen.

Dieser Umbruch wird ein langwieriger und schwieriger Prozess – vielleicht sogar eine Zerreißprobe für Regierungen und etablierte demokratischen Ordnungen. Die neue Bundesregierung muss das auch kommunikativ begleiten. Sie muss den Menschen vermitteln, dass es nicht nur ein außenpolitisches Problem ist, das geografisch weit entfernt scheint, sondern ein akutes sicherheitspolitisches Problem – auch für Deutschland selbst.

Wir erleben bereits hybride Bedrohungen: Hackerangriffe auf europäische Regierungen, gezielte Destabilisierung, zunehmende Aktivitäten aus Russland – auch in Deutschland und im Ostseeraum. Das erfordert ein neues und umfassendes Sicherheitsverständnis, ohne demokratische Gesellschaften und ihre Institutionen zu versicherheitlichen.

Wir stehen nicht mehr vor einer „Zeitenwende“ – sie liegt bereits hinter uns. Heute sind wir an einem Punkt angekommen, den manche als doppelte Zeitenwende bezeichnen oder den man eher als Zeitenabgrund bezeichnen müsste. Die entscheidende Frage lautet: Fallen wir hinein? Oder gelingt es, neue Brücken zu bauen – strategisch, politisch, diplomatisch und militärisch? Eine der wichtigsten Fragen ist vielleicht: Was soll Frieden sein in Europa? – Denn der Frieden von dem Trump oder Putin reden ist nicht der, den doch die meisten Menschen in Deutschland vor Augen haben, wenn sie von Frieden sprechen.

Wann sind die Konfliktparteien „reif“ für Verhandlungen? Was sind denn Faktoren, die so eine „Reife“ in der jetzigen Konstellation Ukraine Russland beeinflussen würden?

6

Wir steuern am Ende nicht auf ein Szenario zu, in dem es eine „Stunde null“ in Europa wie nach dem Zweiten Weltkrieg gibt. Damals kapitulierte Deutschland bedingungslos – ein totaler Sieg der einen Seite. Solch ein Moment der klaren Entscheidung ist in diesem Krieg zwischen Russland und der Ukraine äußerst unwahrscheinlich. Weder eine Kapitulation der Ukraine noch eine Russlands ist realistisch – vor allem, weil Russland eine Atommacht ist und damit immer ein existenzielles Bedrohungsszenario aufrechterhalten kann.

Was Russland bisher von einer maximalen Eskalation abhält, ist die verbliebene internationale Ordnung – und auch Chinas Haltung, das sich immer wieder gegen eine nukleare Konfrontation ausspricht. Wir befinden uns deshalb in einem langfristigen Abnutzungskrieg, in dem die Ukraine strukturell deutlich vulnerabler ist. Die entscheidende Frage lautet: Wie lange kann die Ukraine durchhalten – ohne substanzielle wirtschaftliche und militärische Unterstützung durch die USA, Europa oder eine „Koalition der Willigen“?

„Ein Reifemoment, der Punkt, an dem eine Verhandlungslösung möglich wird, könnte dennoch entstehen.“

Ein sogenannter Reifemoment – also der Punkt, an dem eine Verhandlungslösung möglich wird – könnte dennoch entstehen. Entweder durch ein militärisches Patt, das nur dann eintreten kann, wenn die Ukraine ausreichend unterstützt wird, sodass Russland keine nennenswerten Gewinne mehr auf dem Schlachtfeld erzielen kann und an den Verhandlungstisch will, um sich dort durchzusetzen und dabei am Ende Kompromisse eingehen muss. Momentan ist das jedoch nicht der Fall: Russland gelingt es, wenn auch unter hohen Verlusten und sehr langsam, im Osten der Ukraine weiter vorzurücken. Es ist gar von einer Sommeroffensive die Rede. Das ist nicht der schnelle Eroberungskrieg, den Moskau ursprünglich geplant hatte – mit dem Ziel eines Diktatfriedens für die Ukraine. Doch in einer schwachen Verhandlungslage könnte die Ukraine trotzdem gezwungen sein, einem faktischen Diktatfrieden zuzustimmen. Dann hätte Russland gewonnen ohne jemals wirklich am Tisch zu echten Friedensverhandlung Platz genommen zu haben.

Ein anderer möglicher Reifemoment entsteht durch Vermittlung – etwa durch einen Akteur wie die USA, der genug Macht besitzt, beide Seiten zu Verhandlungen zu zwingen oder zumindest stark zu beein-

flussen. Solche Verhandlungen finden oft unter dem paradoxen Umstand statt, dass der Krieg weitergeht oder sogar weiter eskaliert, während beide Seiten versuchen, ihre Position auf dem Schlachtfeld zu verbessern.

Aktuell ist Russland in einer solchen Position. Und genau hier hätte Donald Trump einen entscheidenden Impuls setzen können – stattdessen hat er den möglichen Reifemoment aufgebrochen und damit in eine gefährliche Richtung gelenkt.

Das letzte denkbare Szenario stammt aus einer radikalen Perspektive, wie sie Edward Luttwak einst im Kontext der Balkankriege formulierte: „Let them make war“ – also die Parteien so lange kämpfen zu lassen, bis sie selbst einen reifen Moment erreichen. Das aber ist keine Option für Europa. Diese Haltung würde bedeuten, einen jahrelangen, brutalen Krieg einfach weiterlaufen zu lassen – mit enormen humanitären, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Folgen.

Russland hat längst auf Kriegswirtschaft umgestellt. Es kann sich einen langen Konflikt leisten – nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch. Aktuell läuft die größte Einberufungswelle seit dem Zerfall der Sowjetunion. Junge Männer werden systematisch eingezogen – ein enormer personeller und logistischer Kraftakt. Russland stellt sich auf einen langen Krieg ein, das zeigten auch Putins Äußerungen rund um den 80. Jahrestag des „Tag des Sieges“, dem 09. Mai 2025. Wenn es um Frieden geht, bedient sich der Kreml hingegen virtuos des Konjunktivs und beharrt auf seinen Maximalforderungen.

Was tut Russland weh? Welche Maßnahmen würde Russland richtig treffen und sie an den Verhandlungstisch zwingen?

7

Wladimir Putin würde sagen: „Uns kann nichts wehtun.“ Das ist seine konsistente Antwort auf westliche Sanktionen. Doch die Realität ist weitaus komplexer. Russland wird langfristig unter wirtschaftlichen, demografischen und innenpolitischen Problemen leiden. Unter der Oberfläche brodeln sozioökonomische Spannungen, und der Klimawandel erschwert zunehmend die Ressourcenausbeutung – ein zentrales Element des russischen Wirtschaftsmodells.

Trotzdem setzt Russland entschlossen auf Militarisierung und Kriegswirtschaft auf allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ebenen – einen Kurs, den demokratische Staaten weder mitgehen können noch wollen. Aber genau diesem Russland steht Europa gegenüber.

„Russland gerät ins Wanken, wenn Europa Geschlossenheit zeigt und die USA sich hinter die Ukraine stellen.“

Russland würde erst dann ins Wanken geraten, wenn Europa klare Geschlossenheit zeigt und die USA entschlossen hinter der Ukraine stehen. Dann wäre Moskau gezwungen, zumindest über ein Einfrieren des Konflikts wirklich zu verhandeln. In einer solchen Verhandlungssituation könnte die Ukraine wiederum sagen: Einfrieren – ja, aber nicht auf Basis der aktuellen Besatzungslinien im Osten, und schon gar nicht in den annektierten Gebieten, die Russland als „Neurussland“ bezeichnet und schon in Schulatlanten als Teil der Russischen Föderation abdrucken lässt.

Diese beanspruchten Gebiete gehen weit über das hinaus, was Russland aktuell militärisch tatsächlich kontrolliert. Die Okkupationslinie müsste in Verhandlungen zurückgedrängt werden – nicht, wie es derzeit geschieht, durch faktische Zugeständnisse der USA sogar noch vor Verhandlungen ausgeweitet werden.

Das Problem liegt dabei auch in der Unkenntnis mancher US-Verhandler. Ihnen fehlt oft das genaue Verständnis der territorialen, politischen und strategischen Realitäten. Ein Beispiel: US-Sicherheitsberater Steve Wittkoff konnte in einem Interview kürzlich nicht einmal die vier annektierten ukrainischen Gebiete korrekt aufzählen.

Diese mangelnde Detailkenntnis ist ein ernstzunehmender Faktor – denn sie kann dazu führen, dass Russland mehr zugestanden wird, als es militärisch überhaupt kontrolliert und dass man Russland unterschätzt bzw. die Botschaften des Konjunktivs des Kreml im Weißen Haus nicht richtig zu lesen weiß oder will.

Das Milliardenpaket der neuen Bundesregierung steht in Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine: Wie sollten wir die Milliarden sinnvoll einsetzen? Was wären Prioritäten?

8

Natürlich geht es einerseits um die unmittelbare Unterstützung der Ukraine. Im deutschen Diskurs konzentriert man sich dabei oft auf einzelne Waffensysteme – begleitet von der Sorge, der Konflikt könne zu einer direkten Konfrontation mit der NATO eskalieren. Im Zentrum steht meist die eigene Angst, nicht die strategische Notwendigkeit. Dabei braucht die Ukraine jetzt vor allem eines: das Nötigste für die Front – insbesondere Munition.

Gleichzeitig müssen wir die deutsche Verteidigungsfähigkeit erhöhen. Wir befinden uns in einer sicherheitspolitischen Lage, die wir uns nicht ausgesucht haben, der wir uns aber stellen müssen – ob wir wollen oder nicht.

Das zentrale Dilemma ist die Gleichzeitigkeit: Wir können nicht erst unsere eigene Armee stärken und dann die Ukraine unterstützen. Beides muss parallel geschehen – militärisch und diplomatisch. Das verlangt eine klare strategische Priorisierung durch die zuständigen Ministerien – wissend, dass es keine perfekten Lösungen geben wird.

Ebenso entscheidend ist eine sicherheits- und friedenspolitische Vision: In welcher europäischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur wollen wir künftig leben? Wir brauchen eine ehrliche Debatte darüber, wie ein tragfähiger, dauerhafter Frieden aussehen kann – einer, der mehr ist als ein bloßes Etikett, sondern echte Sicherheit für die Ukraine und für Europa schafft. Dafür braucht es nicht nur finanzielle Mittel, sondern vor allem politischen Willen, eine hohe Frustrationstoleranz und strategisches Denken.

Ein oft übersehener Bereich in Deutschland ist zudem der Zivilschutz. Deutschland ist nicht ausreichend vorbereitet – weder auf hybride Bedrohungen, noch auf Naturkatastrophen oder gar Szenarien, die wir lange für undenkbar hielten: echte Angriffssituationen auf deutschem Boden.

Der Zivilschutz muss dringend gestärkt werden – auch mit Hilfe milliardenschwerer Investitionen. Es geht darum, die Bevölkerung effektiv schützen zu können, wenn es schnell gehen muss. Doch gerade hier fehlt es an einer breiten, substanziellen Debatte: Wie soll dieser Schutz aussehen? In welchem Umfang? Durch welche Maßnahmen? Was ist uns wichtig? Wie nimmt man die Menschen mit in diesen bedrohlichen Zeiten? Diese Fragen werden in Deutschland bislang kaum ernsthaft diskutiert – das ist ein gefährliches Defizit und macht das Land verwundbar.

Cindy Wittke ist **Mitglied des Wissenschaftlichen Leitungsgremiums der Bayerischen Wissenschaftsallianz für Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsforschung (FoKS)**, Professorin für Normativität in der internationalen Politik an der Universität Regensburg und leitet den Arbeitsbereich Politik am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung [IOS]. Darüber hinaus ist sie Principal Investigator im BMBF-geförderten Kompetenznetzwerk Konflikt und Kooperation im östlichen Europa [KonKoop]. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen an der Schnittstelle von Völkerrecht, internationaler Politik, Friedens- und Konfliktforschung sowie Area Studies.



✉ wittke@ios-regensburg.de

Über FoKS

Die Bayerische Wissenschaftsallianz für Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsforschung bündelt interdisziplinäre Expertise an bayerischen Universitäten in den Sozial-, Technik-, Natur- und Geisteswissenschaften. Ziel ist es, angesichts globaler Herausforderungen wissenschaftliche Perspektiven zu entwickeln und gemeinsam mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern tragfähige Lösungsansätze zu erarbeiten. Die Allianz setzt sich für die Stärkung demokratischer, rechtsbasierter Strukturen ein und fördert eine national wie international sichtbare Vernetzung der Forschung in diesen Themenfeldern. Mehr auf www.foks-allianz.de

Impressum

Bayerische Wissenschaftsallianz für Friedens- Konflikt- und Sicherheitsforschung (FoKS)

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei dem Autoren und nicht bei der Bayerischen Wissenschaftsallianz für Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsforschung. Anmerkungen sind direkt an den korrespondierenden Autor zu richten.

Erscheinungsdatum: 30.05.2025

Bayerische Wissenschaftsallianz für
Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsforschung
Kaulbachstr. 31
D-80539 München
Tel. 0049 941 94 36 90 34

Präsidium:

Vorsitzender Prof. Dr. Udo Hebel [Präsident Universität Regensburg]
Stellv. Vorsitzende Prof. Dr. Eva-Maria Kern [Präsidentin Universität der Bundeswehr München]

Sprecher: Prof. Dr. Michael Reder, michael.reder@hfph.de

Geschäftsstelle:

Dr. Lilli Banholzer, Wissenschaftliche Koordinatorin FoKS, lilli.banholzer@ur.de
Timo Lowinger, Wissenschaftlicher Koordinator FoKS, timo.lowinger@ur.de

Redaktion: Prof. Dr. Stephan Stetter, Dr. Lilli Banholzer, Timo Lowinger

Layout/Design: Timo Lowinger

**.FRIEDEN
.KONFLIKT
.SICHERHEIT**